

Nürnberg, 18.11.2020

Pressemitteilung

Querdenker und Corona-Rebellen stellen eine Gefahr für die Demokratie und für unser aller Gesundheit dar

Die *Allianz gegen Rechtsextremismus in der Metropolregion Nürnberg* begrüßt die Entscheidung des Verfassungsschutzes Baden-Württemberg ausdrücklich, Querdenken 711 in den Blick zu nehmen und fordert, dass nun auch Bayern nachzieht.

„Bei den Veranstaltungen von sogenannten „Corona-Rebellen“ in Bayern und in der Metropolregion Nürnberg vereinen sich Verschwörungserzähler*innen, Coronaleugner*innen und die extreme Rechte auf Bühnen und im Publikum. Verschwörungsmuthe werden gezielt verbreitet. Antisemitische Stereotype treten offen zutage, die uns unweigerlich an das dunkelste Kapitel deutscher Geschichte erinnern. Eine wirksame Abgrenzung gegen Antisemit*innen, Reichsbürger*innen, Holocaustleugner*innen, Neo-Nazis und andere extrem rechte Parteien und Gruppierungen fand bis heute nicht glaubhaft statt. In den sozialen Netzwerken dieser Gruppen werden extrem rechte Positionierungen bis hin zum Aufruf zu Umsturz und Gewalt regelmäßig akzeptiert“, sagt Stephan Doll, Vorsitzender der *Allianz*.

Die Mitgliederversammlung der *Allianz* - als Vertretung ihrer 405. Mitglieder - hat aus diesem Grund zwei eindeutige und wichtige Beschlüsse dazu gefasst (ANHANG).

„Wir rufen wiederholt alle Demokratinnen und Demokraten dazu auf, sich nicht an diesen Demonstrationen zu beteiligen und nicht mit sogenannten Reichsbürger*innen, Holocaustleugner*innen, Verschwörungsanhänger*innen, Antisemit*innen und Neo-Nazis auf die Straße zu gehen. Jede und jeder sollte sich in seinem/ihrem Umfeld deutlich von diesen Gruppierungen distanzieren, um zu zeigen, dass deren Meinung eben nicht die Meinung der Mehrheit ist “ betont Doll.

Bayerns Ministerpräsident, Markus Söder, hatte Ende September zudem angekündigt, die Reichskriegsflagge in Bayern zu verbieten. Dieser Ankündigung müssen nun auch Taten folgen.

„Mittlerweile sollte allen klar sein, dass das Zeigen der Reichskriegsflagge ein Zeichen für die Ablehnung unserer demokratischen Grundordnung und des Zusammenlebens auf Basis der Menschenrechte ist. Die Reichskriegsflagge muss verboten werden“, fordert Stephan Doll.

Rückfragen bitte an:

Geschäftsstelle Allianz gegen Rechtsextremismus in der Metropolregion Nürnberg
kontakt@allianz-gegen-rechtsextremismus.de,
oder an Stephan Doll
0911-24916-6

Beschluss:

Die Allianz setzt ein deutliches Zeichen gegen Antisemitismus

Seit über 10 Jahren setzt sich die *Allianz gegen Rechtsextremismus in der Metropolregion Nürnberg* entschieden gegen alle Formen von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit insbesondere Rassismus, Antisemitismus, Antiziganismus, Islamfeindlichkeit sowie Menschenverachtung und Demokratiefeindlichkeit ein.

Die Präambel der Satzung prägt damit unser Selbstverständnis in der *Allianz* und daraus erwächst die Selbstverpflichtung für uns und unsere Mitglieder, sich deutlich gegen Antisemitismus zu positionieren. **Jeder Angriff auf Jüdinnen, Juden und jüdische Einrichtungen ist ein Angriff auf uns alle!**

Umso erschreckender ist für uns, dass gerade in den letzten Wochen und Monaten auf Demonstrationen und Kundgebungen gegen die Corona-Maßnahmen offen antisemitische Übergriffe, Äußerungen und Symboliken auftauchen. Der Monitoringbericht der Recherche- und Informationsstelle gegen Antisemitismus (RIAS)¹ zeigt dies eindrücklich – die Dunkelziffer dürfte noch deutlich höher sein.

Immer wieder sehen sich Jüdinnen und Juden Übergriffen ausgesetzt; Synagogen müssen polizeilich bewacht und Schutzvorrichtungen installiert werden. Die politische Stimmung, geprägt durch „Corona-Rebellen“, die AfD und andere Rechtsextremist*innen, befeuert diese Entwicklungen weiter und trägt zu einer stückweisen Verschiebung des Unsagbaren bei. Aus Worten werden Taten.

Diesen Entwicklungen müssen wir Demokrat*innen entschieden entgegentreten!

Die **International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA)** hat eine Definition von Antisemitismus verabschiedet, die zwischenzeitlich von vielen Staaten, der Bundesregierung dem Freistaat Bayern, zahlreichen Kommunen und auch von vielen zivilgesellschaftlichen Organisationen (wie beispielsweise dem Bayerischen Jugendring oder dem DGB Bayern) angenommen wurde.

Die Definition soll auch der Selbstvergewisserung von zivilgesellschaftlichen und kommunalen Organisationen dienen; sie lautet:

„Antisemitismus ist eine bestimmte Wahrnehmung von Juden, die sich als Hass gegenüber Juden ausdrücken kann. Der Antisemitismus richtet sich in Wort und Tat gegen jüdische oder nicht-jüdische Einzelpersonen und/oder deren Eigentum, sowie gegen jüdische Gemeindeinstitutionen und religiöse Einrichtungen. Erscheinungsformen von Antisemitismus können sich auch gegen den Staat Israel, der dabei als jüdisches Kollektiv verstanden wird, richten.“

Die Allianz schließt sich der Definition von Antisemitismus der International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA) an und ruft ihre Mitglieder dazu auf, diese in ihre Strukturen zu tragen und sich ihr anzuschließen.

¹ [Link zum Monitoringbericht](#)

Beschluss: Resolution der Mitgliederversammlung 2020 zu den „Corona-Rebellen“

Das Jahr 2020 war und ist ein herausforderndes Jahr für uns alle. Die Corona-Pandemie hat uns in unserem Alltag stark eingeschränkt. Die dramatischen Folgen der Covid-19-Pandemie beeinflussen das Leben jeder/jedes Einzelnen nachhaltig. In solchen Zeiten steht für die Allianz gegen Rechtsextremismus fest:

Mehr denn je ist gegenseitige Solidarität und eine klare Haltung gegen die Feinde unserer Demokratie gefordert!

Bei den als „Hygienedemos“ begonnenen regelmäßigen Veranstaltungen von sogenannten „Corona-Rebellen“ vereinen sich Verschwörungstheoretiker*innen, Coronaleugner*innen und die extreme Rechte auf Bühnen und im Publikum. Verschwörungsmythen werden gezielt verbreitet. Antisemitische Stereotype treten offen zutage, die uns unweigerlich an das dunkelste Kapitel deutscher Geschichte erinnern. Eine wirksame Abgrenzung gegen Antisemit*innen, Reichsbürger*innen, Holocaustleugner*innen, Neo-Nazis und andere extrem rechte Parteien und Gruppierungen fand bis heute nicht statt. In den sozialen Netzwerken dieser Gruppen werden extrem rechte Positionierungen bis hin zum Aufruf zu Umsturz und Gewalt regelmäßig akzeptiert. Zudem wurden und werden bei diesen Demonstrationen systematisch die geltenden Corona-Regeln missachtet. Damit setzen die Feinde unserer Demokratie unser aller Gesundheit aufs Spiel.

Wir als Demokratinnen und Demokraten dürfen ein solches Verhalten nicht hinnehmen!

Bedenken zu den Corona-Maßnahmen und den Einschränkungen des gesellschaftlichen Zusammenlebens sind in einer Demokratie möglich und nötig. Deren Äußerung ist Zeichen einer lebendigen Demokratie.

Jede*r Einzelne hat jedoch die Verpflichtung, seine Kritik nicht in den Dienst von Feinden unserer Demokratie zu stellen und zu hinterfragen, mit wem er/sie auf der Straße steht. Keine Sorgen, keine Kritik, keine Empörung und auch keine Enttäuschung rechtfertigen den Schulterchluss mit den Feinden unserer Demokratie.

Die Allianz fordert daher alle Demokrat*innen auf, solidarisch allen Formen von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, insbesondere Rassismus, Antisemitismus, Antiziganismus, Islamfeindlichkeit sowie Menschenverachtung und Demokratiefeindlichkeit entschieden entgegenzutreten!

Mit unserer Resolution appellieren wir mit Nachdruck an alle Demonstrant*innen, nicht mit sogenannten Reichsbürger*innen, Holocaustleugner*innen, Verschwörungsanhänger*innen, Antisemit*innen und Neo-Nazis auf die Straße zu gehen, sondern sich deutlich von diesen zu distanzieren!

Auch in diesen Zeiten zeigen wir gemeinsam klare Kante gegen Rechtsextremismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit!